

Rede bei der Gaza-Kundgebung von Gewerkschaftsmitgliedern am
10.4.2024, Gabriela Siegel/Jewish Trade Unions

Ich bin heute hier als Jüdin, Migrantin und verdi-Mitglied, und im Namen einer Gruppe von jüdischen und migrantischen Gewerkschaftsmitgliedern.

Wir sind sehr enttäuscht, dass unsere Gewerkschaft nicht im Einklang mit der weltweiten Arbeiterbewegung steht, die den Aufruf zum Waffenstillstand unterstützt hat und sich stattdessen so eng an die deutsche außenpolitische Agenda der uneingeschränkten Solidarität mit Israel anlehnt - als Gewerkschaft vertreten sie eine unglaublich vielfältige Gruppe von Menschen in diesem Land, von denen viele persönlich mit den Geschehnissen in Israel und Palästina verbunden sind.

Wir sind zutiefst besorgt über den Rechtsruck, den wir in diesem Land beobachten und der sich in den letzten Monaten stark beschleunigt hat.

Was uns am meisten beunruhigt, ist nicht die Rhetorik der AfD, sondern vielmehr, wie erfolgreich sie die Gesprächsthemen fast aller großen politischen Parteien in Deutschland nach rechts verschoben hat.

Wir sollten uns nicht vormachen, dass die rassistische, fremdenfeindliche und islamfeindliche Rhetorik und Politik nur eine Bedrohung durch die AfD ist: Jede größere deutsche Partei hat sich eine gefährliche fremdenfeindliche Rhetorik zu eigen gemacht, um die Abschiebungen zu erhöhen.

Es ist nicht die AfD, die sich in den letzten Monaten für ein hartes Durchgreifen gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingesetzt hat, es sind unsere sogenannten Regierungsparteien der Mitte.

Es ist nicht die AfD, die Künstler, Intellektuelle und Menschen an ihrem Arbeitsplatz, die sich mit den Palästinensern solidarisch zeigen, schikaniert und verfolgt hat.

Es ist sehr beängstigend zu sehen, wie diese grundlegenden bürgerlichen Freiheiten von vermeintlich zentristischen Politikern aktiv ausgehöhlt werden, und viele von uns, die als Juden und Migranten in Deutschland leben, sind besonders entsetzt, dass dies vermeintlich im Namen "unseres Schutzes" geschieht. Um es klar zu sagen: Als Gewerkschaftsmitglieder können wir eine Politik nicht hinnehmen, die zentrale Grundsätze der Arbeiterbewegung wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit aushöhlt, und als Juden weigern wir uns, uns als Rammbock gegen unsere verbündeten Arbeitsmigranten im Dienste der fremdenfeindlichen und rassistischen Agenda dieser Regierung instrumentalisieren zu lassen.

Wie können unsere Gewerkschaften vorgeben, die Interessen so vieler Menschen zu vertreten, und gleichzeitig eine so unkritische Position in dieser Frage einnehmen?

Wie können wir in diesem gefährlichen Moment des wachsenden rechten Einflusses unsere Gewerkschaft zur Rechenschaft ziehen und unsere Partner innerhalb der Gewerkschaft dabei unterstützen, sich den Anforderungen dieses Moments zu stellen und die Brandmauer zu sein, die wir tatsächlich brauchen - nicht nur gegen die AfD, sondern gegen alle Rhetorik und Politik, die darauf abzielt, Menschen der Arbeiterklasse und Minderheiten zu spalten und gegeneinander auszuspielen? Und wie können wir unsere Gewerkschaften dazu zu bringen, einen Waffenstillstand endlich zu fordern?